

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als Küstenkind aus Mecklenburg-Vorpommern werde ich räumlich vielleicht eher mit „Rostocker Kümmel“ und „Küstennebel“ in Verbindung gebracht als mit Wein. Aber auch in Mecklenburg-Vorpommern gibt es ein Weinanbaugebiet und immerhin 16 Winzer. Es gibt in der Branche von Ratzeburg in Mecklenburg-Vorpommern bis Landau in der Pfalz Sorgen. Da fehlen Fördermittel, es gibt Umsatzeinbußen durch hohe Inflation. Auch hier stehen Winzer durch die Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels unter Preisdruck. Es ist richtig, die Arbeit der Winzerinnen und Winzer erleichtern zu wollen, auch durch den Abbau von Bürokratie. Diese Probleme müssen gelöst werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der EU werden seit Monaten Reduktionsziele für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln diskutiert. Der Entwurf einer Maßnahmenverordnung wurde von der Kommission vorgelegt. Es ist richtig, den Pflanzenschutzmitteleinsatz zu reduzieren. Aber es ist auch richtig, einzelne Elemente des EU-Entwurfs auf den Prüfstand zu stellen, und Sie wissen: Das erfolgt parteiübergreifend. – Wir haben es hier gehört.

Und wir kritisieren die bisher fehlende Berücksichtigung von Sonderkulturen wie Wein und Obst. Der Forderungskatalog in Ihrem Antrag, meine Kollegen von der Union, ist ein Sammelsurium, mit dem Sie weit über eine sinnvolle Prüfung hinausgehen. Sie wollen anscheinend am liebsten keine Reduktion chemischer Pflanzenschutzmittel. Es finden sich wieder Forderungen, neue Gentechnik einzusetzen, obwohl die Risiken völlig unklar sind. Die Auspielung des Ök Weinbaus gegen konventionelle Anbauformen ist falsch; beide Formen sollten Bestandteil des Weinbaus in unserem Land sein. Aus Sicht der Linken müssen gerade kleinere Weinbetriebe und Genossenschaften zielgerichtet unterstützt werden. Sie brauchen eine Chance, mit den zukünftigen Regelungen und trotz der Inflation und des Preisdrucks bestehen zu können. Dafür sollten wir hier gemeinsam streiten.

Vielen Dank.